

Partei mit Herz - APÖ

Präambel

Die derzeitigen Parteien mit ihrem unmenschlichen und neoliberalen Parteiensystem in Österreich haben das Vertrauen großer Bevölkerungsgruppen verloren und sind nicht willens und nicht in der Lage, die richtigen Antworten zu finden, um uns in eine gute und sichere Zukunft zu führen.

Die APÖ ist eine neue Kraft, die den neuen Anforderungen der Gegenwart sich stellt, um unseren Kindern und Kindeskindern eine gute und lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Wir wollen den Stillstand der Politik und den Lobbyismus der Politiker eindämmen und eine Erneuerung vorantreiben. Die Politik hat den Menschen zu dienen und nicht die Menschen der Politik. Nur gemeinsam können wir etwas bewegen!

Wir wollen und müssen unser Österreich zu einem modernen, freien, gerechten und demokratischen Land mit einer direkten Demokratie (nach Schweizer Vorbild) und Selbstbestimmung machen.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, braucht es eine neue und menschliche Politik mit Herz ♥, Hirn und Verstand in welcher Korruption, Freunderl-Wirtschaft und Privilegien keinen Platz mehr haben.

Wir wollen Importbeschränkungen für Waren, die ausreichend in Österreich erzeugt werden. Alle Waren die mit LKW vom Ausland kommen und durch Österreich in ein anderes Land transportiert werden, müssen auf die Schiene umgelagert werden, um den CO²-Ausstoß zu verringern.

Wir möchten ein gerechtes und lebensfähiges Einkommen für Arbeitnehmer, Angestellte, Arbeitssuchende, Notstands- und Mindestsicherungs-Bezieher, Pensionisten, Rentner, Familien, Alleinerzieher usw.

schaffen.

Gegenseitiger Respekt und Hilfsbereitschaft - ein Miteinander statt Gegeneinander - Freundschaft statt Hass - Liebe, Wärme, Nähe und Geborgenheit - sollen die Grundprinzipien in der Gesellschaft sein!

Wir stehen für:

Gleichberechtigung statt Hetzpolitik in Rechten und Pflichten für Mann und Frau. Bei Scheidung: Kindern darf das Recht auf Vater und Mutter nicht vorenthalten werden. Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Sicherheit und Schutz für alle Menschen in Österreich. Wir sehen es als unsere Verantwortung gegenüber der Jugend und künftigen Generationen, ein friedliches Österreich in Wohlstand und Freiheit zu schaffen.

Für die **Lesbarkeit** wurden bei Begriffen, die Männer und Frauen betreffen, die männlichen Formen verwendet, wie das auch im Englischen üblich ist; z.B.:

„*benefits for a worker, a clerk and a salesman*”

und nicht:

„*benefits for a female worker and a worker, ...*”

Die **deutsche Sprache** braucht keine **endlose Rechtschreibreform**:

Seit dem 29. Juni 2017 ist das große scharfe s Bestandteil der amtlichen deutschen Rechtschreibung. Auch wenn laut Wikipedia^[W] angeblich über „... *seine Aufnahme in das deutsche Alphabet seit Ende des 19. Jahrhunderts diskutiert ...*” wurde, lehnen wir – wie so viele Medien – das große scharfe s und die „*reformierte Schreibweise*” samt Rechtschreibreform 2010 ab! Wir bleiben die harte Nuß, die sich nicht so leicht knacken läßt!

Österreich hat immer viel für **Flüchtlinge** (Ungarnaufstand, DDR, usw.) geleistet. Aber in den letzten Jahren hat eine Völkerwanderung von Afrika und Asien nach Mitteleuropa eingesetzt, wobei es sich meist um Wirtschaftsflüchtlinge handelt. Wenn fast nur Männer kommen dürfen, ist es aber keine Flüchtlingshilfe. Familien oder niemand!

Wir möchten mehr Klein- und Mittelbetriebe in Österreich ermöglichen,

um mehr **Arbeitsplätze** vor Ort zu haben.

Es ist unsere Pflicht ein gerechtes **Steuersystem** für alle Staatsbürger und Wirtschaftstreibenden in Österreich zu schaffen. Es darf kein Unterschied zwischen Klein-, Mittelbetrieben und Großkonzernen sein. Es kann nicht sein, dass Großkonzerne keine Steuern zahlen und ihre Gewinne in Steuerparadiesen parken.

Hier gilt: **Gleiches Recht für Alle.**

Österreich muss raus aus der Zwangsjacke der Fremdbestimmung. Wir stehen für Freiheit, Neutralität, direkte Demokratie (Mitbestimmung des Volkes) und **Selbstbestimmung.**

Eine klare Absage kommt von uns an den Neoliberalismus, der mit seiner wachsenden Ungleichheit und Ungerechtigkeit den Untergang des sozialen Gefüges heraufbeschworen hat.

Was wurde uns Österreichern im Jahr 1994 vor dem Beitritt in die EU alles versprochen? Hier ein kleiner Auszug:

- *Die Neutralität bleibt erhalten.*
- *Die Anonymität des Sparbuches bleibt.*
- *Die Lebensmittel werden billiger.*
- *Der Schilling wird erhalten bleiben.*
- *Jede Familie erspart sich 1.000 Schilling (72 Euro) p.M.*
- *Die Arbeitslosigkeit wird verschwinden.*
- *Die Pensionen sind auf Dauer gesichert.*
- *Die Sicherheit wird durch den Beitritt zur EU verstärkt.*
- *Eine Überfremdung wird es in Österreich nicht geben.*
- *Österreich kann in der EU mitbestimmen.*
- *Der Lebensstandard wird steigen.*
- *Die Armut wird besiegt.*

Unser Programm hat es in sich:

Schaffen wir mehr Arbeitsplätze durch Klein- und Mittelbetriebe!

Regionalität schafft Arbeitsplätze und mehr Einnahmen aus Steuern für die öffentliche Hand zur Sicherung von Pensions-, Kranken- und Sozialversicherung.

Bei Produktion vor Ort schonen wir durch kurze Anlieferung (weniger CO²) auch die Natur und Umwelt.

Großkonzerne zahlen praktisch keine Steuern! Diese Praktiken und Privilegien müssen abgestellt werden!

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Armut und Obdachlosigkeit!

Die Arbeitslosigkeit in Österreich wird im Winter 2018/19 wieder auf über 450.000 Menschen ohne Job ansteigen lassen.

Da muss man die Politik in die Pflicht nehmen. Man kann sich nicht nur auf die Faulheit und schlechte Ausbildung der Beschäftigungslosen ausreden, wenn saisonbedingt nur zwischen 40 bis 80.000 offene Stellen angeboten werden. Im Schnitt sind über 350.000 zu wenige Arbeitsplätze vorhanden.

Kein Mensch soll mehr auf der Straße leben. Deswegen Unterkünfte schaffen wo es täglich - je nach freiwilligem Hilfsdienst - Essen, Dusche und Schlafmöglichkeit gibt.

Die Willkür und Vollstreckung des AMS mit § 10 (Bezugssperre) nach dem ALVG muss beendet werden. Es handelt sich um eine Versicherungsleistung (Anspruch nach vorheriger Tätigkeit) und nicht um Almosen für Arbeitslose.

Die Notstandshilfe muss nach dem Auslaufen der Arbeitslose als Sicherung bis zur nächsten Arbeitsaufnahme erhalten bleiben.

Arbeitsbeschaffung in Landschaftspflege, Altenbetreuung und Hilfsdienste, statt sinnloser 08/15 Zwangs-Kurse. Kurse ja - wenn eine Um- oder Weiterbildung dem Teilnehmer gute Zukunfts-Chancen für einen

neuen Job ermöglicht.

Armut darf nicht kriminalisiert werden!

Für Besitzer der Sozialkarte, Klein-Pensionen, BMS-Mindestsicherung und Einkommen unter der Armutsgrenze soll die Benützung des öffentlichen Verkehrs mit Bahn, Bus, Straßenbahn, U-Bahn in Großstädten und am Land gratis möglich sein.

Gerechte Entlohnung und Einkommen:

Unsere Arbeitsleistung muss mit einem lebensfähigen Einkommen entlohnt werden. Für einen gerechten Mindestlohn bei 40 Stunden-Woche von Euro 1.700,- netto per Monat (Stand per 2019).

Arbeitgeber dürfen nicht mit Umgehung des KV (Kollektiv-Vertrages), die Inländer gegen die Ausländer ausspielen. Gerechte Entlohnung für Alle!

Wir fordern Gleichberechtigung für alle Kinder!

Der Familienbonus der Regierung ist eine gute Sache. Aber die Kinder nicht alle gleich zu behandeln ist der falsche Weg. Ein Kind kann nichts dafür, wenn es in eine arme Familie hinein geboren wird.

Die reichen Familien mit über 3.000 Euro Brutto Einkommen im Monat bekommen dann für jedes Kind 1.500 Euro, also bei 2 Kinder 3.000 Euro und bei 3 Kinder sind es 4.500 Euro im Jahr Bonus. Bei einem Einkommen von 1.750 Euro bekommt man 1.500 Euro fürs 1. Kind, fürs 2. Kind nur mehr 106 Euro und für das 3. Kind gibt es nichts mehr. Also nur mehr 1.606 Euro gesamt. Eine Familie mit geringen Einkommen von 1.200 Euro bekommt für 1 Kind 258 Euro, bei 2 oder 3, oder mehr Kinder gibt es nichts mehr dazu. Alleinerzieher/innen und Personen mit prekären Einkommen bekommen keinen Familienbonus. Sondern können nur den Alleinverdiener-Absetzbetrag von jährlich 250 Euro je Kind geltend machen.

Wir fordern einen Familienbonus unabhängig vom Einkommen, von je 1.000 Euro im Jahr (Stand 2019) für jedes Kind.

Passen wir die Mieten bei Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen den Einkommen an!

Das Wohnen ist für viele Menschen nicht mehr leistbar. Die Mieten sind in den letzten 40 Jahren immer teurer geworden.

Die Mieten sollten dem Einkommen angeglichen werden und sollten nur 25 Prozent des Gesamt-Einkommens ausmachen. Eigentum muss wieder möglich und erstrebenswert sein!

Gerechte Pensionen für alle!

Jeder mit 45 Arbeitsjahren (Versicherungszeiten) soll in die Pension gehen können. Jeder der mit 65 Jahren diese Zeit nicht erreicht hat und gesund ist, könnte dann länger arbeiten gehen.

Die Mindestpension (Stand per 2019) sollte auf € 1.200 netto angehoben werden.

Die Höchstpension für Besserverdienende sollte auf € 4.000 netto beschränkt werden, da Personen mit hohem Einkommen für die Pension vorsorgen können. Der Pensions-Umlagetopf des Generationenvertrags ist schon lange verschleudert, daher müssen jetzt zuerst die kleinen Pensionen gesichert werden.

Die Mehrfachpensionen sollten abgeschafft werden.

Wir wollen keine 2-Klassen-Medizin mehr!

Die Arztpraxen sind heillos überfüllt. Die Gesundheitsversorgung ist nicht mehr gewährleistet!

Wir brauchen unbürokratische unabhängige Ärzte. Die Krankenhäuser dürfen durch Einsparungen im Personal nicht auf Kosten der Patienten gehen.

Es darf kein Unterschied zwischen Privat- und Kassen-Patienten sein. Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin!

Klein-, Berg- und Bio-Bauern müssen besser gefördert werden!

... da sie für gesunde Lebensmittel wie Gemüse, Getreide, Fleisch, Milch und Milchprodukte ... und für ein gepflegtes Österreich sorgen. Almen, Bergen, Wälder, Weiden, Wiesen ... sind sehr wichtig für unseren Tourismus. Die Welt beneidet uns um diesen Schatz!

Gerechte Preise für ihre Produkte schaffen!

Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild!

Mitsprachemöglichkeiten durch Volksabstimmungen fürs Volk schaffen Gerechtigkeit. Mit 100.000 Unterstützern sollen nationale Abstimmungen möglich sein. Für regionale Abstimmungen sollten für die Einreichung 5 Prozent der Einwohner reichen.

Die Prozent-Hürden für Parteien bei Wahlen müssen weg, da sie nicht dem Gleichheitsprinzip entsprechen; z. B. würden bei 183 Nationalratsmandaten 0,55 Prozent der Stimmen für ein Mandat reichen. Die hohen Prozenzhürden sind der heutigen Zeit nicht mehr entsprechend und widersprechen dem Gleichheitsprinzip.

Gleiches Recht für Alle!

Die Politik muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt!

Diese Schuldenpolitik der jetzigen Politik ist unseren Kindern nicht zumutbar!

Österreichs Politik hat bereits 288 Milliarden Euro Staats-Schulden (Stand per Ende Dezember 2018) angehäuft. In wirtschaftlich guten Zeiten muss der Schuldenstand zurück gefahren werden.

Die Parteienförderung und der Bundesrat gehören zur Gänze abgeschafft.

Das überschreiten des gesetzlich geregelten 7 Millionen Euro Wahlbudget vor Wahlen muss mit dem Überziehungsbetrag plus 20 Prozent Strafe geahndet werden. Das Strafgeld soll den sozialen Einrichtungen gespendet werden. Bei Wiederholung droht Wahlausschluss bei der nächsten Wahl.

Bildung – Mehr Angebot von Sport und Freizeit für unsere Kinder und Jugendlichen!

Gute Bildung und Mindeststandard in der Schule für Kinder und Jugendliche bedeuten einen sicheren Weg für die Zukunft. Da sind auch Lehrer/innen und Professoren/innen gefordert junge Menschen in Mathematik, Deutsch, Fremdsprache, Lesen und Lebensfach fürs Leben vorzubereiten.

Bei negativem Schulabschluss im neunten Schuljahr sollte ein 10. Schuljahr verpflichtend sein.

Die tägliche Turnstunde für unsere Kinder in Schulen muss kommen. Mehr Bewegung und gesunde Ernährung stärkt das körperliche Wohlbefinden und unser Immunsystem. Mehr Freizeiteinrichtungen müssen geschaffen werden. Sportförderung schon in der Schule. Jedes Kind darf sich für eine Sportart entscheiden.

Pflegenotstand!

Bessere fachliche und gezielte Ausbildungen von Pflegekräften durch private oder staatliche Einrichtungen.

Die Abzocke der privaten Vermittlungsagenturen gegenüber den ausländischen 24-Stunden-Pfleger/innen muss gesetzlich ein Riegel vorgeschoben werden. Für gerechte Entlohnung der Pflegekräfte sorgen.

Soziales – Begleitpersonen aus sozialen Einrichtungen für kranke und ältere Menschen und Menschen mit besonderen Bedürfnissen!

Jede junge Person von 16 bis 24 Jahre ohne Schulabschluß, Lehrstelle oder Weiterbildung sollte ein Sozialjahr absolvieren. Kann auch bei Bedarf verlängert werden. Ausgenommen nur Mütter mit Kinder!

Sozialarbeiter betreuen und begleiten kranke und ältere Menschen mit besonderen Bedürfnissen (zB im Rollstuhl) zu Ausflügen, kulturellen Einrichtungen, ins Theater, zum Einkaufen oder Essen gehen und erledigen gemeinsam Behördenwege. Sie helfen auch im Sommer bei der Gartenarbeit und im Winter beim Winterdienst in privaten Einrichtungen.

WWW.APOE.AT